Infobrief Nr. 49/2018 vom 24.12.2018, 17. Jahrgang

Aus dem Europäischen Parlament

„Möge in dieser Heiligen Nacht der Friede Ihr erster Gast sein, und möge das Licht der Weihnachtskerzen dem Glück einen Weg weisen zu Ihrem Haus." (Irischer Weihnachtssegen)

Frohe Weihnachten und ein friedliches neues Jahr wünscht Ihnen Ihr

Europäisches Parlament und Mitgliedstaaten haben sich auf den EU-Haushalt 2019 geeinigt

Hartnäckigkeit hat sich gelohnt: 20 Prozent mehr für Erasmus+

Es ist geschafft: Wir haben uns mit dem Ministerrat auf den EU-Haushalt für 2019 geeinigt.

Auf unserer letzten Plenarsitzung in diesem Jahr haben wir den überarbeiteten Haushaltsetat fürs nächste Jahr förmlich bestätigt, nachdem wir den Mitgliedstaaten 688,5 Millionen Euro zusätzlich (im Vergleich zum ersten Haushaltsentwurf der EU-Kommission) abgerungen haben. Damit können wir nächstes Jahr 2,4 Prozent mehr als 2018 ausgeben und hoffentlich den wachsenden Anforderungen, die von den EU-Staaten an uns herangetragen werden, gerecht werden. Ganz besonders zufrieden bin ich, dass das zusätzliche Geld unter anderem für die Forschungsförderung (Horizont 2020), die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (COSME) und die Mobilität junger Menschen (Erasmus+) ausgegeben werden soll.

Der Etat für 2019 beläuft sich auf 148,2 Milliarden Euro. Die Mittel werden vor allem in Wachstum und Beschäftigung, Forschung und Innovation, Studierende und junge Menschen investiert. Auch das wirksame Management der Migration und der EU-Außengrenzen wird eine Priorität des Haushalts im nächsten Jahr bleiben. Die Unterstützung des Beitrittskandidaten Türkei haben wir dagegen um 146,7 Millionen Euro gegenüber früheren Planungen gekürzt.

Insgesamt werden 2,8 Milliarden Euro der Bildung im Rahmen von Erasmus+ gewidmet (das sind 20 Prozent mehr als 2018). Das Europäische Solidaritätskorps wird mit 143 Millionen Euro gefördert. Es bietet jungen Menschen die Möglichkeit, an Freiwilligenprojekten im Ausland oder im eigenen Land teilzunehmen. Mit 350 Millionen Euro werden junge Menschen in Regionen unterstützt, in denen die Jugendarbeitslosigkeit hoch ist. Den europäischen Landwirten werden Mittel in Höhe von 59 Milliarden Euro zugutekommen. Die Einigung beruht natürlich auf der Bedingung, dass das Vereinigte Königreich nach seinem Austritt aus der EU am 29. März noch bis Ende 2020 denselben Beitrag wie ein Vollmitglied zum Unionshaushalt leisten wird.

EU-Parlamentarier fordern humanitäre Visa: Schutzsuchende sollen nach unserem Willen mithilfe von humanitären Visa legal und sicher in die EU kommen können. Wir haben die EU-Kommission aufgefordert, bis spätestens 31. März einen entsprechenden Gesetzesvorschlag vorzulegen. EU-Staaten sollten unserer Ansicht nach humanitäre Visa in ihren Botschaften und Konsulaten im Ausland ausstellen dürfen. Mit diesen Visa könnten Asylsuchende dann in das Land einreisen, das die Papiere ausgestellt hat, um dort (und nur dort!) Schutz zu beantragen.

Transparente Lebensmittelbewertungen

„Guter Entwurf auf groteske Weise verunstaltet“

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) soll künftig Sicherheitsstudien veröffentlichen, bevor ein Produkt auf den Markt gebracht wird. Die Idee an sich finde ich absolut unterstützenswert.

Der Verordnungsentwurf, den die Mehrheit der EU-Parlamentarier jetzt verabschiedet hat, hat allerdings nicht mehr viel gemein mit der ursprünglichen Idee. Mit einer Reihe von Änderungsanträgen haben Linke und Grüne es geschafft, die Vorlage so weit umzubiegen, dass wir demnächst bei der Zulassung von Pestiziden, Gentechnik, Aromen oder anderen Zusatzstoffen in Lebensmitteln sogar noch weniger Transparenz haben werden als heute. Die Unternehmen werden dermaßen vergrault, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit mit ihren Innovationen künftig direkt ins Ausland gehen und dort die Zulassung ihres Produktes beantragen werden. Und wissen Sie, was das bedeutet? Dann haben die europäischen Behörden gar keinen Zugriff mehr auf die Antragsunterlagen!
Bei der Bewertung und Zulassung von lebensmittelrelevanten Stoffen sollen nach dem jüngsten Beschluss des Parlaments künftig wissenschaftliche Studien schon in der Antragsphase von der Industrie vorgelegt und weltweit öffentlich gemacht werden. Ursprünglich waren die neuen Regeln als Antwort auf die Bürgerinitiative „Stopp Glyphosat“, mit der über 1,4 Millionen Bürger mehr Transparenz bei der Zulassung von Pestiziden gefordert hatten, gedacht. Was jetzt herausgekommen ist, erhöht nicht nur die Gefahr einer weltweiten „Ideenpiraterie“, sondern bedroht die Existenz der Lebensmittelindustrie, allen voran die der kleinen und mittelständischen Unternehmen!
Weil ihr Entwurf auf solch groteske Weise verunstaltet wurde, hat meine Kollegin Renate Sommer, ihres Zeichens übrigens promovierte Agrar- und Lebensmittelwissenschaftlerin, nach der Abstimmung ihren Namen von der Vorlage zurückgezogen. Sie hatte das Dossier zuvor als Berichterstatterin betreut. Nun liegen alle Hoffnungen auf dem Ministerrat (die 28 zuständigen Minister der EU-Länder), die dem Verordnungsentwurf in dieser Weise hoffentlich eine Abfuhr erteilen werden.

EU-Richtlinie zur Begrenzung schädlicher Substanzen am Arbeitsplatz wird nochmals erweitert

Mit neuen Bestimmungen bis zu 100.000 Todesfälle vermeiden

Das EU-Parlament hat den Schutz von Arbeitnehmern vor Karzinogenen verbessert.

2017 haben wir bereits bei einer ersten Überarbeitung der EU-Richtlinie zur Begrenzung schädlicher Substanzen am Arbeitsplatz Grenzwerte für elf zusätzliche Karzinogene festgelegt. Nun haben wir noch einmal nachgelegt und acht weitere krebserregende Stoffe in die Liste der Chemikalien aufgenommen, denen Arbeitnehmer nur begrenzt ausgesetzt werden dürfen. Zu diesen Substanzen gehören neben Trichlorethylen und Ethylendibromid auch polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffgemische, Dieselabgase und gebrauchte Motoröle. Die Umsetzungsfrist für die überarbeitete Richtlinie beträgt zwei Jahre.
Krebs ist die häufigste arbeitsbedingte Todesursache in der EU. Jährlich sind 53 Prozent aller berufsbedingten Todesfälle auf Krebs zurückzuführen, 28 Prozent auf Herz-Kreislauf-Erkrankungen und sechs Prozent auf Atemwegserkrankungen. Die häufigsten arbeitsbedingten Krebserkrankungen sind Lungenkrebs, Mesotheliome (die durch die Exposition gegenüber Asbest-Teilchen verursacht werden können) und Blasenkrebs.
Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation steht jeder zehnte durch Lungenkrebs verursachte Todesfall in engem Zusammenhang mit Arbeitsplatzrisiken. Vor allem das Baugewerbe, die Chemie-, Automobil-, Holz- und Möbelindustrie sowie die Nahrungsmittel- und Textilindustrie und das Gesundheitswesen sind von der Thematik betroffen. Experten haben errechnet, dass wir mit den neuen Bestimmungen im Laufe der kommenden 50 Jahre bis zu 100.000 Todesfälle von Arbeitnehmern verhindern können.

Aus meinem Wahlkreis

Erfahrungsbericht eines jungen Thüringers mit dem EU-Förderprogramm Erasmus+ in der Berufsbildung

Erasmus+ macht's möglich: Auslandsaufenthalt am Polarkreis

Einen Auslandsaufenthalt der besonderen Art hat Tim Ebert aus Greiz erlebt: Der 20-jährige Kfz-Mechatroniker im dritten Ausbildungsjahr ging im September 2018 für drei Wochen nach Lappland, um dort in einer Werkstatt für PKW und Nutzfahrzeuge zu arbeiten. Gelebt und gearbeitet hat er während dieser Zeit in Sorsele, einer Gemeinde mit rund 2.000 Einwohnern, die mehr als 800 Kilometer nördlich von Stockholm und 120 Kilometer südlich des Polarkreises liegt. Realisiert wurde das „Lappland-Projekt" mit Unterstützung der Handwerkskammer in Gera und des Ausbildungsbetriebs, der PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz. Finanziell gefördert wurde Tim durch das EU-Programm Erasmus+. Seine Erlebnisse während des Auslandsaufenthalts hat er hier dokumentiert: *https://www.machmehrausdeinerausbildung.de/deine-vorteile/erfahrungsberichte/tim/*

! Mein Tipp: Beratung durch „EuroApprentices"
Sie interessieren sich für das Programm Erasmus+? „EuroApprentices" sind Botschafter/-innen für Erasmus+ in der Berufsbildung. Sie haben als Azubi selbst ein Auslandspraktikum absolviert und werben nun für Auslandsaufenthalte während der Ausbildung. Unternehmen, Schulen und Organisationen können sie für Veranstaltungen, Messen und Vorträge anfragen. Denn wer kann besser von einem Auslandsaufenthalt und den Erfahrungen berichten, als ehemalige Teilnehmende? Erfahren Sie mehr unter: *https://www.na-bibb.de/index.php?id=3385*

Weihnachtsfeier des Vereins „Taubach Aktiv"
Wie in jedem Jahr trafen sich die Mitglieder des Vereins „Taubach Aktiv" mit Gästen zur vorweihnachtlichen Einstimmung auf den Heiligen Abend. War es eigentlich das 19. oder 20. Mal, dass ich in Folge dabei war? Egal. Es war wie immer ein Erlebnis! Dem kurzen Ausblick auf das kommende Jahr durch unsere Ortsteilbürgermeisterin folgte der Auftritt des legendären Taubacher Männerchors. Beim Verteilen meines traditionellen Weihnachtsgrußes sowie meiner besten Wünsche für das kommende Jahr kam ich mit den Vereinsmitgliedern ins Gespräch. Ich erfuhr viel über Zufriedenheit, verspürte aber auch Zukunftsängste.

Erasmus plus – Ihr Tor nach Europa: Informationsveranstaltung in Bad Salzungen
Sie möchten gerne mit Ihrer Schule auf europäischer Ebene aktiv werden, wissen aber nicht wie? Dann erhalten Sie bei einer Veranstaltung des Pädagogischen Austauschdienstes am 16. Januar im Dr.-Sulzberger-Gymnasium in Bad Salzungen grundlegende Informationen und Tipps, wie Sie ganz konkret die Projektarbeit Ihrer Schule gemeinsam mit anderen europäischen Schulen beginnen können, und auch, wie Sie Partner finden! Da die Chancen, eine Förderung zu erhalten, zurzeit in Deutschland ganz ausgezeichnet sind und auch die Anträge vereinfacht wurden, sollten Sie sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen! Erfahren Sie mehr zu Lehrerfortbildungen im europäischen Ausland (Leitaktion 1), europäischen Schulpartnerschaften (Leitaktion 2) und eTwinning, der europäischen Projekt- und Bildungsplattform! Anmeldungen sind bis zum 14. Januar möglich. Mehr Informationen erhalten sie unter: *https://www.kmk-pad.org/veranstaltungen/details/erasmus-plus-ihr-tor-nach-europa-1834.html*

Service und Termine

★ Rettungsgasse auf Autobahnen

Wann muss man auf Autobahnen und Landstraßen mit mindestens zwei Fahrspuren eine Rettungsgasse bilden? Nur etwas mehr als die Hälfte der Autofahrer in Deutschland kennt die aktuelle Regelung, nach der eine Rettungsgasse gebildet werden muss, sobald Fahrzeuge mit Schrittgeschwindigkeit fahren oder sich im Stillstand befinden. Nur so ist im Notfall die freie Bahn für Polizei- und Rettungsfahrzeuge gewährleistet und schnellstmögliche Hilfe für Verletzte sichergestellt. Vier von zehn Befragten glauben, sie müssten die Gasse erst dann bilden, wenn sich Einsatzfahrzeuge von hinten nähern. Dies ist jedoch falsch, da hierdurch möglicherweise der Weg für die Rettungsfahrzeuge nicht schnell genug freigemacht werden kann. Um eine Rettungsgasse zu bilden, muss man auf übrigens der linken Spur nach links und auf allen weiteren Spuren nach rechts ausweichen.

I ♥ EU
Die Europa-App
CDU/CSU4EU
Jetzt laden und mitmachen!

★ Jugendliche für Wahl-O-Mat-Redaktion gesucht

Der Wahl-O-Mat ist eines der erfolgreichsten Angebote der Bundeszentrale für politische Bildung. Auch für die Europawahl 2019 wird wieder eine Ausgabe erscheinen. Für die Thesen, die in der Wahl-O-Mat-Redaktion erarbeitet werden, können sich Jugendliche bis 26 Jahre bewerben. Gemeinsam mit Politik-Experten entscheiden sie während eines dreitägigen Workshops, welche Thesen sich im Wahl-O-Mat finden werden. Neben dem Dank der Wähler erhalten die Teilnehmenden am Ende ein qualifiziertes Zeugnis. Der Workshop findet vom 22. bis 24. Februar statt. Voraussetzung für die Bewerber ist, dass sie kein Mandat ausüben oder eine Funktion in einer politischen Partei innehaben. Alle anfallenden Kosten für den Workshop werden übernommen. Bewerbungsschluss ist der 10. Januar. Weitere Informationen gibt es hier: *https://bit.ly/2Qrb10o*

★ Workshop für Jugendliche zu nachhaltiger Mobilität

Die BUND-Jugend lädt interessierte Jugendliche zwischen 16 und 27 Jahren zu einem kostenlosen Workshop am 26. und 27. Januar nach Berlin ein. Unter dem Motto „Die Straße zurückerobern – auf dem Weg zur Mobilitätswende“ werden gemeinsam Ansätze und Wege diskutiert, wie eine solidarische und nachhaltige Mobilitätsgesellschaft aussehen könnte. Die Anmeldung ist bis zum 13. Januar möglich. Mehr Infos und den Link zur Anmeldung finden Sie hier: *https://bit.ly/2UYyFA3*

★ Deutscher Integrationspreis 2019

Mit dem Deutschen Integrationspreis zeichnet die „Gemeinnützige Hertie-Stiftung“ Projekte aus, die sich in besonderem Maße für benachteiligte Menschen einsetzen und sie aktiv einbinden. Durch den Crowdfunding-Wettbewerb werden diese zukunftsweisenden Initiativen für eine große Öffentlichkeit sichtbar und können ihre Community ausbauen. Die „Gemeinnützige Hertie-Stiftung“ berät und unterstützt die Teilnehmenden und fördert die erfolgreichsten Projekte mit insgesamt 150.000 Euro. Bis 23. Januar können sich Organisationen, Initiativen, Vereine und Sozialunternehmen bewerben. Mehr Infos unter: *http://www.deutscher-integrationspreis.de/bewerbung*

! **Hinweis:** Mein nächster Infobrief erscheint am 7. Januar. !

Für Sie in Europa

evp - fraktion im europäischen parlament

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter

CDU